

Schulische Inklusion

Untersuchung zu Einstellungen zu schulischer
Inklusion und Wirkungen im Bildungsverlauf

DIE ZEIT

infas

Aktion
MENSCH

Hintergrund der Studie

Deutschland hat im Jahr 2009 die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK) ratifiziert. Aber auch zehn Jahre nach Inkrafttreten der UN-BRK ist die Verpflichtung, ein inklusives Bildungssystem einzuführen, noch lange nicht verwirklicht. In der Öffentlichkeit, vor allem aber unter Pädagogen und Eltern, wird das Thema nach wie vor kontrovers diskutiert. Aus diesem Anlass hat die Aktion Mensch gemeinsam mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ und dem infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft eine Studie zum Thema „Schulische Inklusion“ durchgeführt.

Zielsetzung der Studie

Zentrale Fragen der Untersuchung waren: Wird die (schulische) Inklusion als wünschenswertes Ziel in unserer Gesellschaft anerkannt? Welche Erwartungen bestehen hinsichtlich der Auswirkungen von inklusivem Unterricht? Wie wird die gegenwärtige Umsetzung schulischer Inklusion bewertet? Wie entwickeln sich Schüler*innen in unterschiedlichen Lernumfeldern tatsächlich?

Wie wurden die Daten erhoben?

Zum einen hat das infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft im Februar 2019 eine bevölkerungsrepräsentative Stichprobe von rund 1.500 Erwachsenen nach ihren Einstellungen zu gesellschaftlicher und schulischer Inklusion und deren Folgen befragt. In der Stichprobe waren Eltern schulpflichtiger Kinder überproportional vertreten. Die Eltern wurden gefragt, ob ihr Kind eine Schule besucht, an der gleichermaßen Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen bzw. Behinderungen unterrichtet werden. Somit liegen Aussagen für Eltern mit und ohne Inklusionserfahrung vor.

Zum anderen wurden für die Studie bestehende Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) ausgewertet. Für die NEPS-Studie wurden von 2009 bis 2016 unter anderem insgesamt 11.755 Schüler*innen mehrfach befragt.

Zentrale Ergebnisse der Studie

1. Haltung zu Inklusion allgemein

Zehn Jahre nach Ratifizierung der UN-BRK besteht in der Breite der bundesdeutschen Bevölkerung ein hohes Maß an Zustimmung zu den Zielen einer vollen und wirksamen Teilhabe beeinträchtigter und behinderter Menschen in der Gesellschaft. Inklusion ist als wünschenswertes Ziel hoch akzeptiert: 85 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Menschen mit und ohne Beeinträchtigung in unserer Gesellschaft gleichberechtigt zusammenleben sollten.

2. Haltung zu Inklusion im Bereich Freizeit und Schule

Fast die gesamte Bevölkerung (94 Prozent) ist der Meinung, dass Kinder mit und ohne Beeinträchtigung in ihrer Freizeit die Möglichkeit haben sollten, gemeinsam aufzuwachsen. Gemeinsamen Unterricht in der Schule befürworten hingegen nur 66 Prozent der Gesamtbevölkerung. Betrachtet man hier die Gruppe der Eltern mit Inklusionserfahrung, ist die Zustimmung zu schulischer Inklusion mit 78 Prozent allerdings deutlich höher als bei Eltern ohne Inklusionserfahrung (61 Prozent).

Zwei mögliche Gründe könnten hier zusammenspielen: Erstens wählen Eltern, die sich für inklusiven Unterricht aussprechen, möglicherweise bewusst diese Schulen aus, weil sie das Konzept befürworten. Zweitens könnten konkrete positive Erfahrungen mit dem Unterricht diese höhere Zustimmung erklären.

3. Einschätzung zu Auswirkungen schulischer Inklusion

Mehr als drei Viertel der deutschen Bevölkerung sind von positiven Effekten schulischer Inklusion überzeugt. Die Befragten geben an, ein inklusives Schulsystem führe zu mehr Toleranz, einem besseren Miteinander sowie zu höherer Engagementbereitschaft und wirke sich positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung aus.

Zurückhaltender wird der inklusive Unterricht jedoch dann beurteilt, wenn es um Fragen der Leistungsförderung der Kinder geht. Lediglich 60 Prozent der Gesamtbevölkerung sind der Meinung, dass ein inklusives Schulsystem gut auf das Berufsleben vorbereitet. Zudem besteht die Einschätzung, dass Kinder mit unterschiedlichen Leistungsniveaus nicht gleichermaßen gefördert werden können. Rund die Hälfte (52 Prozent) der Befragten denkt, dass besonders leistungsstarke Kinder im fachlichen Lernen gebremst werden.

Bemerkenswert ist, dass Eltern, die eigene Erfahrungen mit Inklusionsschulen gemacht haben, die Leistungsförderung in einem inklusiven Schulsystem differenzierter sehen als Eltern ohne Inklusionserfahrung.

55 Prozent der Eltern mit Inklusionserfahrung meinen, dass ein inklusives Schulsystem besonders leistungsstarke Kinder im fachlichen Lernen bremse. Dieser Meinung sind nur 47 Prozent der Eltern ohne Inklusionserfahrung.

Lediglich 48 Prozent der Eltern mit Inklusionserfahrung erwarten eine Verbesserung der Bildungschancen für weniger leistungsstarke Kinder. In der Gruppe der Eltern ohne Inklusionserfahrung liegt dieser Anteil bei 64 Prozent.

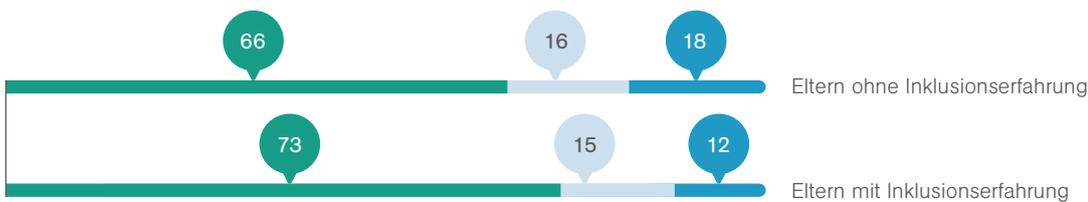
Möglicherweise sind Eltern, deren Kinder gegenwärtig eine Inklusionsschule besuchen, stärker dafür sensibilisiert, dass der Unterricht von heterogenen Klassen besondere Anforderungen an Schulen und Lehrpersonal stellt. Auch hier könnten die konkreten Erfahrungen zu diesem Meinungsbild führen.

Auffällig ist auch, dass Eltern mit Inklusionserfahrung auf die Frage nach der Förderung leistungsstarker bzw. leistungsschwacher Kinder häufig mit „teils/teils“ (mit 30 bzw. 42 Prozent) antworten, was darauf hindeutet, dass sie innerhalb ihrer Schulen unterschiedliche Erfahrungen mit der Leistungsförderung machen.

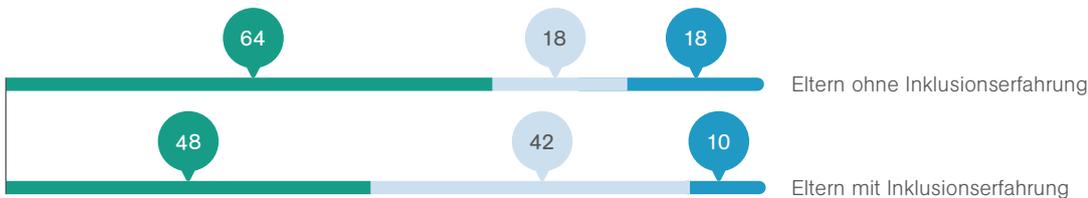
Abbildung 1: Eltern: Leistungsförderung durch Inklusion

Ein inklusives Schulsystem ...

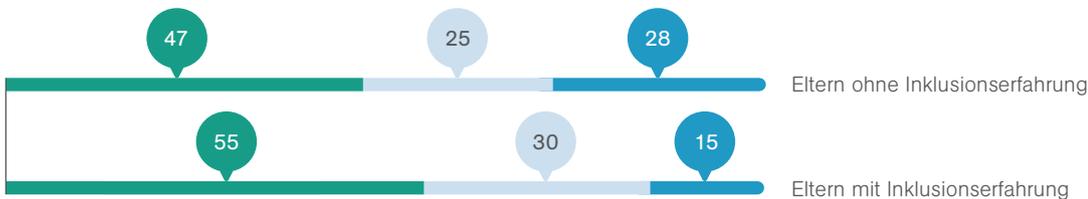
... bereitet Kinder gut auf das Berufsleben vor.



... erhöht die Chancen auf einen Bildungsabschluss für weniger leistungsstarke Kinder.



... bremst besonders leistungsstarke Kinder im fachlichen Lernen.



● Zustimmung ● Teils/teils ● Keine Zustimmung

Angaben in Prozent, nur gültige Angaben, Differenz zu 100 Prozent: rundungsbedingt; Basis: Eltern n = 410, davon Eltern ohne Inklusionserfahrung n = 274, Eltern mit Inklusionserfahrung n = 136

4. Umsetzung der schulischen Inklusion

Während die Bevölkerung die Auswirkungen von inklusivem Unterricht auf das soziale Miteinander positiv einschätzt, fällt das Urteil über die Umsetzung schulischer Inklusion skeptischer aus. 40 Prozent aller Befragten bezweifeln, dass Lehrer*innen die Herausforderungen des Unterrichts an Inklusionsschulen bewältigen können. 57 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Lehrer*innen nicht ausreichend für die Herausforderungen schulischer Inklusion ausgebildet sind, und 63 Prozent der Befragten meinen, dass die Klassen für inklusiven Unterricht zu groß sind.

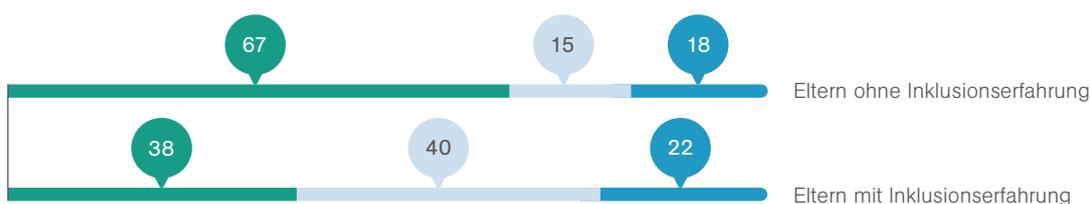
Ein weiteres Problem wird in fehlendem Personal gesehen. 55 Prozent aller Befragten sind der Ansicht, dass es an Inklusionsschulen nicht ausreichend Sozial- und Sonderpädagog*innen sowie Schulpsycholog*innen für die Gestaltung des Unterrichts gibt. 68 Prozent der Befragten glauben sogar, dass es an den Schulen nicht genügend Lehrer*innen für die Gestaltung inklusiven Unterrichts gibt.

Eltern, deren Kinder eine Inklusionsschule besuchen, sagen deutlich häufiger (82 Prozent) als Eltern ohne Inklusionserfahrung (70 Prozent), dass es nicht genügend Lehrkräfte zur Gestaltung des inklusiven Unterrichts gibt. Möglicherweise machen Eltern, deren Kinder inklusiv unterrichtet werden, die Erfahrung, dass die Belastung für einzelne Lehrer*innen zu hoch ist.

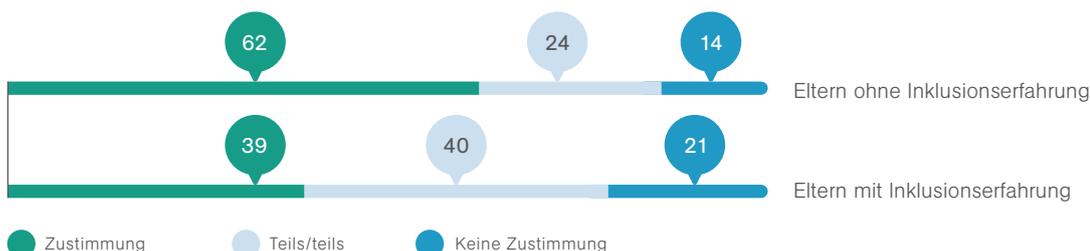
Dies zeigt sich auch bei den Fragen nach zu großen Klassen und der ausreichenden Lehrerausbildung: Auf beide Fragen antworten Eltern mit Inklusionserfahrung jeweils zu 40 Prozent mit „teils/teils“. Das deutet darauf hin, dass diese Eltern sehr unterschiedliche Erfahrungen in ihren jeweiligen Schulen machen.

Abbildung 2: Eltern: Umsetzung schulischer Inklusion

Die Klassen sind für den inklusiven Unterricht zu groß.



Lehrer*innen sind nicht ausreichend für die Herausforderungen schulischer Inklusion ausgebildet.



Angaben in Prozent, nur gültige Angaben, Differenz zu 100 Prozent: rundungsbedingt; Basis: Eltern n = 410, davon Eltern ohne Inklusionserfahrung n = 274, Eltern mit Inklusionserfahrung n = 136

5. Zusatzanalyse: Tatsächliche Wirkung schulischer Inklusion auf den Übergang ins Ausbildungssystem

Die in Deutschland aktuell umfangreichste Datengrundlage zur Analyse von Bildungschancen und Bildungsverläufen bilden die Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS). Betrachtet wurden 11.755 Jugendliche, die 2010 die 9. Klasse besucht haben und seitdem regelmäßig befragt werden. Die Daten zeigen, ob sich die Ausbildungschancen für Schüler*innen, die in unterschiedlichen Klassenkontexten unterrichtet wurden, tatsächlich unterscheiden.

Die befragten Schüler*innen verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Schulformen:

Tabelle 1: Schulformen Jahrgangsstufe 9

	Häufigkeit	Prozent
Hauptschule	2.853	24,3%
Realschule	2.302	19,6%
Schule mit mehreren Bildungsgängen/ integrierte Gesamtschule	1.897	16,1%
Gymnasium	3.876	33,0%
Förderschule	827	7,0%
Gesamt	11.755	100,0%

Quelle: NEPS-Startkohorte 4, Wellen 1 bis 9, Angaben zur Schulform aus Welle 1 (2010)

Aus den Daten lässt sich ermitteln, ob in den Klassen auch Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet wurden. Dadurch konnten in der Analyse folgende Gruppen unterschieden werden:

- Schüler*innen, die an Regelschulen in nicht inklusiven Klassen unterrichtet wurden
- Schüler*innen, die an Regelschulen in inklusiven Klassen unterrichtet wurden
- Schüler*innen, die an Förderschulen unterrichtet wurden

Ausgehend von dieser Klassifizierung wurden die weiteren Bildungsverläufe sechs Monate nach Verlassen des allgemeinen Schulsystems betrachtet:

Der Anteil derer, die innerhalb der ersten sechs Monate nach der Schulzeit eine Ausbildung oder ein Studium beginnen, ist bei ehemaligen Schüler*innen aus inklusiven Klassen mit 54 Prozent etwas geringer als bei denjenigen aus nicht inklusiven Klassen (58 Prozent). Mit 16 Prozent ist der Anteil der ehemaligen Förderschüler*innen, die eine Ausbildung oder ein Studium beginnen, deutlich geringer. Diese besuchen mit rund 65 Prozent besonders häufig eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme.

Tabelle 2: Übergang ins Ausbildungssystem abhängig vom Klassenkontext

	Klassenkontext, ehemalige Schüler*innen an Regelschulen				Ehemalige Schüler*innen an Förderschulen	
	Nicht inklusiver Kontext		Inklusiver Kontext		Anzahl	Prozent
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent		
Ausbildung/Studium	3.430	57,5%	531	53,6%	135	16,3%
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	736	12,3%	183	18,5%	538	65,1%
Erwerbstätigkeit	1.008	16,9%	139	14,0%	44	5,3%
Arbeitslosigkeit	104	1,7%	24	2,4%	24	2,9%
Etwas anderes	690	11,6%	114	11,5%	86	10,4%
Gesamt	5.968	100%	991	100%	827	100%

Differenz zur Gesamtanzahl der Startkohorte: Für 3.969 Schüler*innen liegen keine Angaben zum Klassenkontext vor.

Quelle: NEPS-Startkohorte 4, Wellen 1 (2010) bis 9 (2015/2016)

In den unterschiedlichen Regelschulformen gelingt der tatsächliche Übergang in eine Ausbildung oder ein Studium nach inklusiver Beschulung ebenso gut wie bei nicht inklusiver Beschulung – mit Ausnahme der Hauptschule. Die Ergebnisse der Zusatzanalyse zeigen, dass es hier größere Unterschiede gibt: Nach nicht inklusiver Beschulung nehmen 54 Prozent eine Ausbildung auf, nach inklusiver Beschulung sind es 46 Prozent. Gleichzeitig ist in dieser Gruppe der Anteil an Teilnehmer*innen an einer berufsvorbereitenden Maßnahme höher.

Tabelle 3: Übergang ins Ausbildungssystem abhängig vom Klassenkontext nach Schulformen

	Klassenkontext, ehemalige Schüler*innen an Regelschulen			
	Nicht inklusiver Kontext		Inklusiver Kontext	
	<i>Anzahl</i>	<i>Prozent</i>	<i>Anzahl</i>	<i>Prozent</i>
Schulform: Hauptschule				
Ausbildung/Studium	928	54,1 %	156	46,2 %
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	463	27,0 %	110	32,5 %
Erwerbstätigkeit	164	9,6 %	29	8,6 %
Arbeitslosigkeit	37	2,2 %	12	3,6 %
Etwas anderes	122	7,1 %	31	9,2 %
Gesamt	1.714	100 %	338	100 %
Schulform: Realschule				
Ausbildung/Studium	814	65,2 %	59	62,1 %
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	109	8,7 %	7	7,4 %
Erwerbstätigkeit	190	15,2 %	17	17,9 %
Arbeitslosigkeit	17	1,4 %	2	2,1 %
Etwas anderes	118	9,5 %	10	10,5 %
Gesamt	1.248	100 %	95	100 %
Schulform: Gesamtschule und Schule mit mehreren Bildungsgängen				
Ausbildung/Studium	566	58,7 %	229	57,7 %
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	134	13,9 %	62	15,6 %
Erwerbstätigkeit	120	12,4 %	54	13,6 %
Arbeitslosigkeit	29	3,0 %	8	2,0 %
Etwas anderes	115	11,9 %	44	11,1 %
Gesamt	964	100 %	397	100 %
Schulform: Gymnasium				
Ausbildung/Studium	1.122	54,9 %	87	54,0 %
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	30	1,5 %	4	2,5 %
Erwerbstätigkeit	534	26,2 %	39	24,2 %
Arbeitslosigkeit	21	1,0 %	2	1,2 %
Etwas anderes	335	16,4 %	29	18,0 %
Gesamt	2.042	100 %	161	100 %

Differenz zur Gesamtanzahl der Startkohorte: Keine Angaben zum Klassenkontext bzw. ehemalige Schüler*innen von Förderschulen.

Quelle: NEPS-Startkohorte 4, Wellen 1 (2010) bis 9 (2015/2016)

Fazit

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Befragung, dass in der Gesamtbevölkerung ein hohes Maß an Zustimmung zu Inklusion besteht. Die bisherige Umsetzung des inklusiven Schulsystems wird dagegen skeptischer beurteilt, vor allem wegen fehlenden Personals oder wegen zu großer Klassen.

Die Analyse auf Basis der Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) gibt jedoch Hinweise darauf, dass trotz derzeit noch schwieriger Rahmenbedingungen schulischer Inklusion der Übergang in eine Ausbildung bzw. ein Studium bei inklusiv beschulten Jugendlichen häufig genauso gut gelingt wie bei nicht inklusiv Beschulten.

Dies deckt sich mit dem Befund der Inklusionserfahrenen Eltern, von denen fast drei Viertel sagen, dass ein inklusives Schulsystem gut auf das Berufsleben vorbereitet.

Impressum

Herausgeber

Aktion Mensch e. V.

Heinemannstraße 36
53175 Bonn
Telefon: 0228 20 92-0
Fax: 0228 20 92-333
info@aktion-mensch.de

DIE ZEIT

Pressehaus
Buceriusstraße, Eingang Speersort 1
20095 Hamburg
Telefon: 040 32 80-493
Fax: 040 32 71 11
diezeit@zeit.de

Verantwortlich

Christina Marx (Aktion Mensch)
Jeannette Otto (DIE ZEIT)

Redaktion Aktion Mensch

Ann-Kathrin Akalin
Stefan Sandner
Andrea Suda

Durchführung der Studie

infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH

Friedrich-Wilhelm-Straße 18
53113 Bonn
Telefon 0228 38 22-413
Fax 0228 310071
d.hess@infas.de

Doris Hess
Michael Ruland
Maurice Meyer
Jacob Steinwede

März 2019



Mehr Informationen
erhalten Sie unter
www.aktion-mensch.de



Aktion Mensch e.V.
Heinemannstr. 36
53175 Bonn
Telefon: 0228 2092-0
info@aktion-mensch.de